

Höhere Regelsätze für die Grundsicherung

Bund und Länder haben die Leistungen für Langzeitarbeitslose und deren Nachwuchs neu berechnet. Grundlage für die Regelsätze sind Daten des Statistischen Bundesamtes.

Am 1. Januar 2011 stiegen die Regelsätze auf:

- 364 Euro für alleinstehende oder alleinerziehende Leistungsberechtigte
- 328 Euro für Ehegatten und Lebenspartner sowie andere erwachsene Leistungsberechtigte, die in einem gemeinsamen Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften, und
- 291 Euro für erwachsene Leistungsberechtigte, die keinen eigenen Haushalt führen, weil sie im Haushalt anderer Personen leben.



Am 1. Januar 2012 steigt der Regelsatz um 3 Euro auf 367 Euro. Außerdem kommt die reguläre jährliche Anpassung hinzu. Sie orientiert sich an der Lohn- und Preisentwicklung von Juli 2010 bis Juni 2011 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Sozialgeld für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche erhalten 2011 ein eigenständig berechnetes Sozialgeld in Höhe von:

- 287 Euro für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren
- 251 Euro für Kinder von 6 bis unter 14 Jahren und
- 215 Euro für Kinder unter 6 Jahren.

Zusätzlich haben alle Kinder einen Rechtsanspruch auf Bildungsförderung und soziale Teilhabe. Dafür gibt es jetzt das Bildungspaket.

Keine Anrechnung bei Ehrenämtern

Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten und Übungsleiter werden bis zu 175 Euro monatlich nicht auf den Regelsatz angerechnet.

Zusätzliche Leistung des Bundes

Wenn das Warmwasser in der Wohnung – z. B. mit einem Durchlauferhitzer – aufbereitet wird, werden diese Kosten zusätzlich zum Regelsatz anerkannt.

Weitere Informationen finden Sie unter:

Bildungspaket und Regelsätze:
www.bmas.de

Mitmachen möglich machen
www.bildungspaket.bmas.de

Impressum

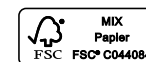
Herausgeber
Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
11044 Berlin

Gestaltung
MetaDesign AG, Berlin

Druck
Silber Druck oHG, Niestetal

Bildnachweis
Ulf Dieter: Titel, innen links und rechts
Norbert Millauer: innen Mitte
picture-alliance/dpa/Wolf: außen links

Stand
Mai 2011



Die
Bundesregierung

Das Bildungspaket: Chancen für Kinder

Was Sie zum Bildungspaket wissen müssen



Mitmachen können

Kinder aus ärmeren Familien können häufig nicht mitmachen, wenn zum Beispiel ein Klassenausflug in den Zoo oder ein Theaterbesuch verabredet wird. Das Eintrittsgeld fehlt. Das wird in Zukunft nicht mehr vorkommen. Denn die Bundesregierung hat das Bildungspaket auf den Weg gebracht.

Das Bildungspaket eröffnet bedürftigen Kindern bessere Entwicklungschancen. Anspruch darauf haben rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche.

Unterstützung für bedürftige Familien

Voraussetzung ist, dass Eltern eine dieser Leistungen beziehen:

- Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld,
- Sozialhilfe,
- Kinderzuschlag oder
- Wohngeld.

Das Bildungspaket gilt für Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre. Leistungen zum Mitmachen in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit werden bis zum Alter von 18 Jahren bezahlt.



Lernförderung und soziale Teilhabe

Bedürftige Kinder und Jugendliche haben jetzt einen Rechtsanspruch aufs Mitmachen – bei Tagesausflügen und dem Mittagessen in Kita, Hort und Schule, bei Musik, Sport und Spiel in Vereinen und Gruppen.

Im Einzelnen:

- 100 Euro jährlich für Schulbedarf, 70 Euro im ersten, 30 Euro im zweiten Schulhalbjahr.
- 10 Euro monatlich fürs Mitmachen in Sport, Kultur und Freizeit. Zum Beispiel für Musikschule oder Sportverein.
- Zuschuss für das gemeinschaftliche Mittagessen in der Schule, im Hort oder in der Kita. Der Eigenanteil der Familien liegt bei 1 Euro täglich.
- Tatsächlich anfallende Kosten für Tagesausflüge von Schule und Kita. Mehrtägige Klassenfahrten werden wie bisher erstattet.
- Lernförderung, wenn Schülerinnen und Schüler nur dadurch das Lernziel erreichen.
- Die Kosten für die Schülerbeförderung zur nächsten Schule – vorausgesetzt, die Beförderung zur nächsten Schule ist notwendig und die Kosten werden nicht von anderer Seite übernommen oder sind anderweitig gedeckt, etwa durch den Regelbedarf.

Anträge bei den Kommunen stellen

Die Kommunen kennen die Vereine und Bildungsträger am besten. Deshalb sind sie für die Leistungen aus dem Bildungspaket zuständig. In allen anderen Fällen (Sozialhilfe, Wohngeld, Kinderzuschlag) geben Stadt- oder Gemeindeverwaltungen unmittelbar Auskunft, wer der zuständige Ansprechpartner ist.

Leistungen sofort beantragen

Das Gesetz ist am 29. März 2011 in Kraft getreten. Es gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2011.

Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld richten ihre Anträge an die Kommune im Jobcenter. Für Familien, die Sozialhilfe, Wohngeld oder den Kinderzuschlag erhalten, sind die Jobcenter nicht zuständig. Die Kreise oder kreisfreien Städte (erreichbar zum Beispiel im Rathaus, im Bürgeramt oder in der Kreisverwaltung) nennen den richtigen Ansprechpartner.



1,6 Milliarden für Bildung und soziale Teilhabe der Kinder

Der Bund übernimmt für die Kommunen die vollen Kosten für das Bildungspaket. Von 2011 bis 2013 zahlt der Bund jährlich rund 1,6 Milliarden Euro. Darin enthalten sind auch die Kosten der Kommunen für die Einstellung von Schulsozialarbeitern.